



Kantonsrat

Postulat David Roth und Mit. über Fussballspiele: Bewilligung nur bei planbarem Risiko

Der Regierungsrat spricht sich gegen Bewilligungen von Fussballspielen auf nationalem Niveau mit Zuschauern aus, deren teilnehmende Teams und die damit verbundenen Risiken nicht mindestens zwei Wochen im Voraus bekannt sind.

Begründung:

Die Swiss Football League (SFL) hat entschieden künftig Playoffs in der höchsten Liga des Männerfussballs durchzuführen.

In diesen Playoffs spielt das beste gegen das zweitbeste Team in einer Best-of-3-Serie um den Meistertitel. Die 8 Klubs zwischen den Plätzen 3 und 10 spielen um die europäischen Plätze (3. gegen 10; 4 gegen 9 usw.) in 3 Runden im K.o.-System. Im Viertel- und Halbfinal mit Hin- und Rückspielen, im Final in einer einzigen Partie. Der Tabellen-11. misst sich in der Barrage mit dem Zweiten der Challenge League.

Noch ist nicht abschliessend klar, wie viel Zeit zwischen den einzelnen Phasen eingeplant ist. Aber der enge Zeitplan dürfte dazu führen, dass teilweise nur wenige Tage vor den Spielen der Gegner bekannt ist. Wenn zwischen den Spielen nicht ein genügend grosser Abstand festgelegt wird, kann die öffentliche Sicherheit nur garantiert werden, wenn riesige Personalreserven bei der Polizei bereitgehalten werden. Denn es ist ein beträchtlicher Unterschied, ob Luzern gegen Lugano oder Zürich spielt. Dieser Problematik müssen sich die Sicherheitskräfte bereits bei internationalen Spielen des FCL stellen. Auch hier stehen manchmal nur wenige Tage zur Verfügung, um das Einsatzdispositiv anzupassen - abhängig davon, ob einige Dutzend oder hunderte Fans zu erwarten sind. Aber diese internationalen Spiele sind bekanntlich leider Ausnahmefälle und in diesem Sinne auch akzeptabel.

Angesichts der knappen Polizeiresourcen kann es nicht sein, dass der Kanton Luzern aufgrund von kommerziell geleiteten Entscheiden von privaten Verbänden regelmässig gezwungen ist, Personal auf Vorrat zu planen oder kurzfristig von anderen Bereichen der öffentlichen Sicherheit abzuziehen.

Es ist die Verantwortung der Politik den privaten Veranstaltern bereits frühzeitig die Rahmenbedingungen klarzumachen, damit diese die Planung entsprechend darauf ausrichten können.